

LEITARTIKEL zum Flüchtlingsgipfel

Das muss für Olaf Scholz jetzt Chefsache sein

Wie bei so vielen Gipfeln zuvor, ist auch der „Flüchtlingsgipfel“ bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit Erwartungen überfrachtet gewesen. Vier Stunden hat man gerungen, sich auf einen Zeitplan bis Ostern verständigt. Mehr Geld für Städte und Kommunen gibt es erst einmal nicht. Immerhin sollen neue Strukturen zur Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in Bund, Länder und Kommunen helfen, den Druck aus dem Kessel zu nehmen. Doch mehr als ein Pflaster ist das nicht.

Die Kommunalverbände können sich allenfalls auf die Fahnen schreiben, dass ihr Druck eine sehr breite Öffentlichkeit geschaffen hat. Dass der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages die laufende Pressekonferenz unter dem Ruf „Heuchelei“ verließ, zeugt nun nicht gerade von gutem Ton. Aber davon, dass Nerven blank liegen. Und das ist nie eine gute Arbeitsgrundlage.

Die Forderung, dass Kanzler Olaf Scholz das Thema zur Chefsache erklären muss, ist spätestens jetzt richtig. Dass das nicht angenehm ist, davon kann Scholz' Vorgängerin Angela Merkel ein Lied singen. Die CDU-Kanzlerin kam in der Flüchtlingskrise 2015 an die Grenzen ihrer politischen Macht.

Doch eine nüchterne Betrachtung auch von ganz oben tut Not. Denn die Frage der Vertriebenen aus der Ukraine ist das eine, die Frage nach den Folgen der Erdbebenkatastrophe eine andere. Merkel machte in der Flüchtlingskrise geltend, dass man den Notruf des Nahrungsmittelprogramms der Vereinten Nationen mit Blick auf Syrien nicht ernst genug genommen habe. Die Menschen hatten damals nicht genug zu essen, heute haben sie oft nur noch die Kleider, die sie am Leib tragen. Was wird passieren? Die Türkei wird angesichts der eigenen

humanitären Katastrophe keine Flüchtlinge mehr aufnehmen können und wollen. Nach wie vor stammen aber die meisten Asylansprüche hierzulande – abgesehen von den Ukrainern – von Menschen aus Syrien.

Der Bund hat, darauf weist auch der Kanzler immer wieder hin, viel Geld in die Hand genommen. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wurden Länder und Kommunen mit 3,5 Milliarden Euro bei diesem Thema unterstützt. Für das Jahr 2023 wurden bereits 2,75 Milliarden Euro zugesagt. Offenbar reichen die Mittel aber nicht aus. Darüber muss gesprochen und entsprechend nachgesteuert werden. Der Bund ist darüber hinaus in der Pflicht, die Verteilung von ukrainischen Kriegsflüchtlings in Europa besser zu managen. Auch das leidige Thema Rückführungen und Abschiebungen muss die Bundesregierung stärker in den Blick nehmen. Die Menschen, die kein Bleiberecht haben, müssen Deutschland auch wieder verlassen. Mit der Einstufung weiterer sicherer Herkunftsländer wäre das leichter. Und Ministerin Faeser sollte beim Thema Rückführungsabkommen mit bestimmten Ländern deutlicher werden. Rückführungen an Unterstützungsleistungen für das jeweilige Land zu koppeln, kann ein Weg sein.

SPD-Kanzler Scholz sollte die gesellschaftliche Dynamik dieses Themas nicht unterschätzen. Den Fehler hat seine Vorgängerin begangen. Gewarnt sollte der Kanzler eigentlich sein.



KERSTIN MÜNSTERMANN

GLOSSE

Pilchern und Lindnern

VON PIA ROLFS

Namen sind Schall und Rauch? Von wegen. Autor Frank Schätzing hat klar gemacht, dass darin eine Handlungsoption steckt. So beklagte er zur Verfilmung seines Romans „Der Schwarm“: „Es pilchert mehr, als es schwärmt.“ Das sind deutliche Worte, die nach einer eigenen Talkshow schreien: „Zur Sache, Schätzing“. Denn dass mit Namen keine Scherze gemacht werden dürfen, ist vollkommen überholt.

„Scholzen“ und „merkeln“ sind in der Politik feststehende Begriffe

für ausbleibende Handlungen. „Wulffen“ hieß einst: „Auf die Mailbox schimpfen“. Die nächsten Verben sind wohl „lindern“ – regieren, aber sich als Opposition fühlen. Oder „habecken“ – hehre Ziele mit unglücklichem Blick der Realität anpassen.

Ins Hintertreffen geraten dabei weniger prägnante Namen. So könnte „schneidern“ tatsächlich als Handwerk verstanden werden und nicht als eigentümliches Verhalten des Ostdeutschland-Beauftragten der Bundesregierung. Aber keine Sorge, diese Theorie ist nur etwas gerolft.



KARIKATUR: MARTIN ERL

ANALYSE Auch das Bistum Essen hat jetzt eine Missbrauchsstudie veröffentlicht. Die Studie zeigt, wie sexualisierte Gewalt möglich wurde.

Die toxischen Strukturen der katholischen Kirche

VON LOTHAR SCHRÖDER

ESSEN Mag sein, dass manche nichts mehr davon hören können. Oder auch nicht mehr hören wollen. All diese Missbrauchsgeschichten, die immer wieder erzählt werden müssen, weil sie so lange ungehört blieben. Wie der Fall des katholischen Pfarrers S. N., eines Intensivtäters, der 1973 Neupriester im Bistum Essen wurde. Ein erster, karger Vermerk seiner Schuld findet sich in der Personalakte am 1. Februar 1980 mit dem Hinweis einer Freistellung und der Versetzung in eine Münchner Pfarrei – nicht ohne ein anteilnehmendes Schreiben des damaligen Essener Generalvikars: „Wir wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit in München Gottes Segen und erwarten, dass Sie Ihre Aufgabe mit priesterlichem Eifer und verantwortungsbewusst ausüben werden.“ Welche Taten S. N. dann auch im Erzbistum München begeht, wo damals Kardinal Joseph Ratzinger Erzbischof ist, wird lange Zeit nur verklausuliert hinterlegt. 1986 verurteilt ein Amtsgericht den Priester zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4000 Mark. Es folgen weitere Versetzungen, weitere Gemeindetätigkeiten, bis ihn 2010 der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck in den einseitigen Ruhestand versetzt. 23 Betroffene sexualisierter Gewalt finden sich bis dahin in den Akten von S. N. An sechs Beispielen – wie dem genannten Fall – versucht eine neue

Missbrauchsstudie, diesmal für das Essener Bistum, Unfassbares darzustellen.

Nach vielen anderen katholischen Bistümern geht das Ruhrbistum diesen Schritt. Fast drei Jahre hat das Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) sexualisierte Gewalt umfassend sozialwissenschaftlich aufgearbeitet. Worum es diesmal geht? Um die Dynamiken und Mechanismen sexualisierter Gewalt bis in die Gemeinden hinein, um den Umgang mit Tätern und die „unvorstellbare Wucht“ sexualisierter Gewalt auf alle

„Die Glorifizierung unserer Geschichte muss ein Ende haben.“

Klaus Pfeffer
Generalvikar des Bistums Essen

Akteure, wie es Johannes Norpeth, Sprecher des Betroffenenbeirats der Deutschen Bischofskonferenz, am Dienstag bei der Präsentation der Studie beschrieb.

Es sind vor allem Strukturen, in denen Missbrauch lange Zeit nahezu ungeahndet bleiben konnte. Dazu gehört auch eine „gewisse Glorifizierung unserer eigenen Geschichte“, so der Essener Generalvikar Klaus Pfeffer, die ein Ende haben müsse. Sowie eine Idealisierung des Priesters, des geweihten Mannes, der so nah an Gott und damit unangreifbar zu sein scheint.

Neben den auf mehreren Seiten aufgeführten furchtbaren Missbrauchstaten von Pfarrer S. N. an Kindern sind auch die Reaktionen darauf erschütternd. Wie der Bericht des Münchner Generalvikars, der bei der Anklage des Intensivtäters 1986 seinen Essener Amtskollegen damit beruhigt, dass der Richter ein praktizierender Katholik sei und man hoffen dürfe, dass ein öffentliches Aufsehen dadurch vermieden werden könne. 1990 findet sich dazu in einer Geheimakte des Bistums Essen die Notiz, dass sich „die Dinge beruhigt, auf jeden Fall entschärft haben“. 2003 wird Felix Genn Bischof von Essen; er fragt später zum Fall in München nach, wird von dort beruhigt und rät schließlich selbst, nicht in Panik zu verfallen: „Da nun viele Jahre keine Anrühigkeit mitgeteilt wurde, gibt es mir zumindest die Zuversicht, dass diese Gelassenheit angebracht ist“, schreibt Genn im Oktober 2007.

Die Studie gibt einen Einblick in den hermetischen Tatkosmos einer Institution, die schlimmste sexualisierte Gewalt möglich machte, begünstigte, vertuschte, viel zu lange unaufgeklärt ließ und somit „Täterkarrieren“ über viele Jahre hinweg möglich machte. Allein im Fall des Intensivtäters N. führt die Studie neun sogenannte kritische Ereignisse an, an denen verantwortlich hätte gehandelt werden müssen. Die Studie wirft ein Licht auf ein dunkles Feld in der katholischen Kirche. Es ist auch ein Licht der Aufklärung.

RÜCKBLENDE

Was geschah am 17. Februar?

2022 Wegen Spannungen mit der Militärjunta in Mali verkünden Frankreich und seine internationalen Partner das Ende des militärischen Anti-Terror-Einsatzes in dem westafrikanischen Staat und den Abzug ihrer Truppen. Deutschland will seine etwa 1200 Blauhelm-Soldaten bis Mai 2024 abziehen.

2008 Die abtrünnige südserbische Provinz Kosovo erklärt ihre Unabhängigkeit und damit die Trennung von Serbien. Damit ist das Kosovo der jüngste Staat Europas.

2003 Eine neue Citymaut („Staugebühr“) von umgerechnet knapp acht Euro reduziert den Verkehr in der Londoner Innenstadt am Tag ihrer Einführung um 25 Prozent.

1993 Die völlig überladene haitianische Fähre „Neptuno“ gerät auf dem Weg von Jérémie nach Port-au-



Einer der größten Basketballer, Michael Jordan, wird heute 60. FOTO: DPA

Prince in ein Gewitter und geht vor dem Zielhafen unter. Von den rund 2000 Passagieren können sich nur 291 retten.

1968 Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) organisiert in West-Berlin eine „Internationale Vietnam-Konferenz“. Einen Tag später demonstrieren 12.000 Studenten gegen die US-Politik.

1963 Bei der Abgeordnetenhauswahl in West-Berlin erhält die vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt angeführte SPD 61,9 % der Stimmen. Danach wählt das Berliner Abgeordnetenhaus Willy Brandt am 8. März 1963 zum dritten Mal zum Regierenden Bürgermeister.

1955 Die Kultusminister der Länder verabschieden das Düsseldorfer Abkommen, mit dem ein gemeinsamer Rahmen für das allgemeinbildende Schulwesen in der Bundesrepublik geschaffen wird.

1801 Das US-Repräsentantenhaus wählt Thomas Jefferson zum dritten Präsidenten der USA, nachdem zuvor bei den Wahlmännern im Electoral College kein Kandidat eine Mehrheit erringen konnte.

1500 In der Schlacht bei Hemmingstedt schlägt ein Dithmarscher Bauernheer ein dänisches Heer unter

PRESESCHAU

Zum Verlauf des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schreibt die Zeitung „Les Dernières Nouvelles d'Alsace“:

Was wäre, wenn die große russische Offensive, die ursprünglich für den Frühling im Osten der Ukraine angekündigt war, bereits begonnen hätte? Angesichts der zunehmenden Kämpfe im Donbass besteht daran kein Zweifel. (Russlands Präsident) Wladimir Putin hat beschlossen, nicht bis zum Jahrestag (des Kriegsbegins) am 24. Februar zu warten, um mehr Truppen in die Schlacht zu schicken. Der Zeitpunkt mag nicht ideal sein, aber er ist günstig. Es wird lange dauern, bis die Panzer der Verbündeten eintreffen, und die Munitionsvorräte gehen so schnell zur Neige, dass die Nato-Mitglieder, die diese Woche in Brüssel zusammenkamen, sich lautstark darüber besorgt zeigten.

Die „Nürnberger Zeitung“ blickt auf die zur Münchner Sicherheitskonferenz:

Abgesehen davon, dass Lawrow höchstwahrscheinlich in diesem Jahr sowieso nicht nach München gekommen wäre: Hätte es einen Sinn, einem professionellen Wahrheitsverdreher und Menschenverächter in München eine große Bühne zu bereiten – ohne jede Hoffnung, auch nur ein Jota ändern zu können? Diplomaten aller Länder sind sich einig, dass mit der Putin-Regierung derzeit nicht zu reden ist, jedenfalls nicht über den Ukraine-Krieg. Versuche gab es genug.

Die „Allgemeine Zeitung“ (Mainz) beschäftigt sich mit der IT-Panne bei der Lufthansa:

Jeder Ausfall einer kritischen Infrastruktur – und dazu zählt der Luftverkehr nun mal – muss dieser Tage besonders aufmerksam betrachtet und besonders kritisch hinterleuchtet werden. Die entscheidende Frage lautet: Wie kann man verhindern, dass die Durchtrennung eines Kabels oder eines Kabelsystems an einer einzigen Stelle solch gravierende Auswirkungen hat? (...) Wir können uns nicht vor allem schützen; dafür ist das Land, dafür sind die Systeme, die das Land tragen, zu komplex. Aber wenn es überall so einfach ist wie jetzt bei der Lufthansa, dann genügen wenige Unachtsamkeiten oder bei Vorsatz ganz geringe Kenntnisse, um uns im Dunkeln sitzen zu lassen. Das kann doch nicht sein.

Der „Nordbayerische Kurier“ (Bayreuth) meint dazu:

Wenn nur ein gekapptes Kabelbündel dazu führt, dass einer der wichtigsten Flughäfen Europas lahmgelegt wird, stellt sich die Frage nach der Ausfallsicherheit. Deshalb die Vernetzung zurückdrehen zu wollen kann nicht die Antwort sein, abgesicherte Netze mit Alternativen für den Notfall schon.

Produktion dieser Seite:

Rebecca Geimer, Michaela Heinze, Iris Neu-Michalk, Peter Bylda

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARXVerlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPAChefredakteur: THOMAS ROTH
Stellv. Chefredakteur: Peter ReinhartMitglieder der Chefredaktion: Alexander Houben
(Chef vom Dienst), Inge Kreutz (Editorial
Development)Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander
Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas
Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckeley
Printdesk: Ralf Jakobs (Strategische Leitung),
Marcus Hormes (Operative Leitung)Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)Chefredakteur: Katharina de Mos, Rainer Neubert,
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger KruppaZeitungszustellung: TV-Logistik GmbH
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer
an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an
den Feiertagen und kostet monatlich 45,60 Euro
einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück:
Inland monatlich 50,65 Euro, Ausland monatlich
72,55 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließ-
lich 7 % Mehrwertsteuer.Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt,
bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein
Anspruch auf Entschädigung.Eine Abbestellung des Abonnements ist, vor-
behaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis
zum 10. des Monats zum Monatsende möglich.
Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail,
Brief) erfolgen.Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 67A vom
1. Januar 2023. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuskrifte wird keine Gewähr übernommen.Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117
Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15